

Haushaltsrede SPD-Fraktion
Fraktionsvorsitzender Michael Busold
Debatte zum Haushalt 2021 des Landkreises Fulda
Sitzung des Kreistages am 22.02.2021 in Künzell
(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Herr Landrat Woide,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir beraten heute den Haushaltsplan 2021 unter völlig anderen Voraussetzungen als wir das im letzten Jahr getan haben – und damit meine ich nicht in erster Linie die Tatsache, dass wir heute alle Masken tragen und in größeren Abständen sitzen.

Die Corona-Pandemie hat das Leben von uns allen seit Mitte März letzten Jahres in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens verändert und sie wirkt auch in diesem und vor allem in den nächsten Jahren deutlich auf die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen ein.

Auf der anderen Seite haben sich die wesentlichen Zukunftsherausforderungen, vor der wir in unserem Land und hier im Landkreis stehen nicht verändert – im Gegenteil, einige sind durch die Erfahrungen, die wir seit einem Jahr machen, noch drängender geworden, ich nenne hier exemplarisch:

- den Klima- und Umweltschutz,
- den Wohnungsbau,
- die Veränderungen, die auf den Arbeitsmarkt einwirken,
- die Digitalisierung,
- und das Gesundheitswesen.

1. Vorbemerkungen zum Haushalt 2021

Allgemeine Rahmenbedingungen / Sondervermögen / LEP

Die Rahmenbedingungen für die Finanzplanung in diesem und in den nächsten Jahren werden sicherlich schwieriger werden und sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Die schwarz-grüne Landesregierung trägt hier leider nicht zu Transparenz und Verlässlichkeit bei:

- Im Rahmen der Neufassung des Landesentwicklungsplans wurde zwar bei der Zuordnung der Gemeinden zu den Zentren der größte Unsinn wieder rückgängig gemacht. Die Versprechen zur finanziellen Kompensation für die höherwertigen Zuordnungen zu Verdichtungsräumen

bleiben jedoch vage und unsicher. Am Ende wird es für den Landkreis, Städte und Gemeinden unserer Region finanzielle Einbußen bedeuten, welche sich durch die Neufassung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) im nächsten Jahr wahrscheinlich noch weiter verschärfen werden.

- Das sogenannte 12 Mrd. EUR „Sondervermögen“ des Landes steht rechtlich auf tönernen Füßen. Allein der Begriff ist schon ein Witz – ich wäre nie auf die Idee gekommen meinen Hausbaukredit als „Vermögen“ zu bezeichnen. Sollte das „Sondervermögen“ als verfassungswidrig beschieden werden, fehlen diese Mittel den Kommunen im Zweifelsfall von heute auf morgen. Hiervon wären dann auch die Mittel aus dem Kommunalpakt betroffen, die den Kommunen in 2021 Ausfälle aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) kompensieren sollen.

Kreisumlage / Stellungnahme der Bürgermeister*innen / Kreisausgleichsstock / #46 Kreis Zukunftsfonds

Wie von uns erwartet, wurde die Kreisumlage im Haushalt 2021 weder gesenkt noch erhöht. Es hat heute auch keine Fraktion einen Antrag auf Senkung der Kreisumlage eingebracht – auch wir nicht. Ich möchte aber hierzu ausdrücklich betonen, dass wir das Gesamtgefüge weiter im Blick haben müssen und ggf. im nächsten Jahr reagieren müssen.

Wir haben erwartet, dass die Mehrheitsfraktionen – auch vor dem Hintergrund der kritischen Anmerkung der Bürgermeister*innen - eine Erhöhung des Kreisausgleichsstocks auf 4 Mio. EUR (den Wert von 2020) beantragen würden. Wir setzen dem erneut unseren Vorschlag eines Kreis Zukunftsfonds entgegen. Wir wollen, dass noch stärker zwischen den Städten und Gemeinden differenziert wird und diese viel stärker selbst darüber entscheiden, wie sie die Mittel verwenden. Wir vertrauen auf die Kompetenz und das Engagement der vielen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen vor Ort. Zumindest die stärkere Differenzierung scheinen auch die Bürgermeister*innen im Sinn zu haben, wenn sich lt. Stellungnahme eine Arbeitsgruppe grundsätzlich mit dem Kreisausgleichsstock beschäftigen soll.

2. Schwerpunkte der SPD-Kreistagsfraktion / wesentliche Anträge zum Haushalt

Antrag Klimaneutraler Landkreis (36a) / Antrag Produktzielerweiterung (36)

Der Landkreis muss endlich ein Klimaschutzkonzept erstellen, das haben wir bereits im letzten Jahr beantragt, die Mehrheitsfraktionen haben das damals genauso abgelehnt wie einen ähnlichen Antrag der Grünen. Umso überraschter bin ich über den Antrag der Mehrheitsfraktionen hierzu – der Grund für diesen Antrag, der für mich ein Feigenblatt ist, liegt auf der Hand: Er fängt mit „Kommunal“ an

und hört mit „Wahlen“ auf. Ziel unseres Antrages ist **klar und konkret** ein klimaneutraler Landkreis Fulda bis 2050 mit einem ambitionierten Zwischenziel bis 2035.

Um die Wichtigkeit des Klimaschutzes zu unterstreichen, beantragen wir außerdem eine Ergänzung des Produktziels.

Antrag Wohnungsbaugesellschaft (#52) / Antrag Innenentwicklung (#25) / Antrag Produktzielerweiterung (#28)

Wir bleiben dabei, auch wenn es die Mehrheitsfraktionen hier seit Jahren bestreiten. Wir brauchen in diesem Landkreis endlich ein zukunftsorientiertes Wohnungsbaukonzept und eine Wohnungsbaugesellschaft. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum insbesondere in der Stadtregion wird von Jahr zu Jahr schlechter – daran hat sich auch in der Pandemie nichts verändert. Seit 2016 stellen wir durchgängig Anträge zu dieser Thematik und wir bleiben dabei.

Nur im Rahmen der kommunalen Familie im Landkreis Fulda kann ein zukunftsorientiertes Wohnungsbaukonzept mit der Umsetzung durch eine Wohnungsbaugesellschaft erfolgreich sein. Leerstände wieder dem Wohnungsmarkt zuführen bzw. weitere Leerstände vermeiden, bedarfsgerechte und barrierefreie Wohnungen schaffen und da neuen Wohnraum schaffen, wo es angesagt ist, lässt sich nur dann realisieren, wenn möglichst alle Kommunen im Landkreis hierbei aktiv mitmachen.

Außerdem beantragen wir die Erweiterung des Produktziels um den sozialen Wohnungsbau.

Auch bei der Stärkung der Innenentwicklung greifen wir unseren letztjährigen Antrag wieder auf. Wir wollen, dass der Ansatz auf 500.000 € erhöht wird. Die Förderrichtlinie zur Innenentwicklung soll überarbeitet und ergänzt werden. Neben den Gemeinden sollen künftig auch Privatpersonen im gleichen Rahmen Fördermittel beantragen können. Uns erschließt sich auch weiterhin nicht, warum nur die Städte und Gemeinden für dieses sinnvolle Programm antragsberechtigt sind – es geht doch um das **Ziel** und nicht darum, **wer** am Ende der Antragsteller ist.

Antrag Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (#51)

In der letzten Kreistagssitzung wurde unser Antrag auf Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft bedauerlicherweise abgelehnt. Es deutet sich leider immer mehr an, dass sich unsere Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklungen am Arbeitsmarkt bestätigen. Andere Landkreise zeigen doch wie erfolgreich, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, eine solche Gesellschaft sein kann. Daher stellen wir den Antrag im Rahmen des Haushalts heute erneut.

3. Zu den einzelnen Produktbereichen

Ich möchte nun noch auf einige ausgewählte Produktbereiche eingehen.

Zum PB 01 Innere Verwaltung

Zum PB 02 Sicherheit und Ordnung

Das „Pilotprojekt Wasserkraftanlagen“ begrüßen wir ausdrücklich und bedauern, dass dieses bisher nicht in den Kreisgremien vorgestellt wurde. Wenn dadurch im Ergebnis kleine Mühlen weiterbetrieben werden können, wäre das definitiv eine gute Sache.

PB 03 Schulträgeraufgaben

Wir begrüßen, dass von rd. 61 Mio. EUR an Investitionen erneut über die Hälfte auf den Schulbereich entfallen. Die KIP-Programme mit erheblichen Mitteln vor allem vom Bund bleiben hierfür eine wesentliche Voraussetzung.

Den vorgelegten Medienentwicklungsplan verstehen wir als den „Fahrplan“ des Landkreises für die Digitalisierung der Schulen. Da heute verschiedene Anträge zur Verstärkung des IT-Supports gestellt werden, bin ich auf die Erläuterungen des Kreisausschusses hierzu gespannt. Unsere Erwartungshaltung ist, dass bereits jetzt ausreichend Personal im Stellenplan berücksichtigt ist. Sollte dies unterblieben sein, werden wir diese Anträge unterstützen.

Die Schülerbeförderung war in der Vergangenheit bereits mehrfach Thema. In der letzten Haushaltsdebatte beschäftigten uns die Fahrplanänderungen der LNG, es gab erhebliche Beschwerden im Zuge der Umstellung der Fahrpläne. Im Rahmen der Corona-Pandemie gab es dann erneut Beschwerden wegen viel zu voller Busse und des damit einhergehenden Infektionsrisikos. Auf bestimmten Linien wurden temporär zusätzliche Busse eingesetzt, was jetzt bis Ostern haushaltstechnisch berücksichtigt ist. Es muss in den nächsten Wochen entschieden werden, ob die zusätzlichen Busse bis zu den Herbstferien weiter eingesetzt werden. In der LNG hat es hierzu ja bereits einen Beschluss gegeben.

Zum Thema „Kompetenzzentren an Berufsschulen“ hatte die SPD-Kreistagsfraktion bereits Ende 2018 eine Anfrage gestellt, nachdem der Hünfelder Bürgermeister entsprechende Pläne öffentlich gemacht hatte, bevor diese die zuständigen Kreisgremien erreicht hatten. Es ist sicher richtig, darüber nachzudenken, wie man die Berufsschulen für die Zukunft ausrichten muss. Die Schließung des Metallbereichs an der Konrad-Zuse-Schule wird jedoch von vielen Unternehmen im Altkreis Hünfeld sehr kritisch gesehen und auch abgelehnt. In der Beantwortung unserer Anfrage war der Satz enthalten: „Definitive Entscheidungen sind noch nicht gefallen.“

Seit 2018 sind außer einer Grundsatzinformation in der Schulkommission keine weiteren Vorlagen in die Kreisgremien gebracht worden. Umso überraschter mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass für die Holzwerkstatt an der Konrad-Zuse-Schule 200 TEUR in den Haushalt eingestellt sind. Im Haushalt

der Stadt Fulda findet sich ein Millionenbetrag für den Metallbereich an der Ferdinand-Braun-Schule. Ich bin – und das ist **keine** Wahlkampfretorik Herr Landrat – empört darüber, dass hier doch offensichtlich an den Kreisgremien vorbei Tatsachen geschaffen werden. Den Antrag der CWE, zunächst einen Sperrvermerk für die Erweiterung der Holzwerkstatt an der Konrad-Zuse-Schule zu setzen, werden wir unterstützen.

Zum PB 04 Produktbereich Kultur und Wissenschaft

Zur Ausrichtung der Volkshochschule gibt es heute verschiedene Anträge. Die SPD-Kreistagsfraktion spricht sich dafür aus, dass hierzu entweder der Kreisausschuss einen Konzeptvorschlag unterbreitet oder eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird.

Zum PB 05 Produktbereich Soziale Leistungen **und zum PB 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

Mit einem Gesamtaufwand von rd. 141 Mio. EUR im Produktbereich 5 und 34 Mio. EUR im Produktbereich 6 macht der Sozialbereich traditionell den größten Posten im Kreishaushalt aus.

Dass die Kosten für die Eingliederungshilfe weiterhin ansteigen, war bereits mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes durch den Bundestag abzusehen. Selbst wenn viele „Fälle“ zwischen dem LWV und dem Landkreis Fulda ausgetauscht und Zuständigkeiten geklärt sind, so wird vermutlich auch im Jahr 2022 noch nicht endgültig abzuschätzen sein, welche zusätzliche Kosten entstehen werden, u.a. lässt die Coronakrise, viele Menschen derzeit zu besorgt sein, um die ihnen zustehende Eingliederungshilfe zu beantragen. Auf der anderen Seite wird das persönliche Budget bekannter und beantragt werden.

Das letzte Jahr und auch dieses Jahr sind von der Corona-Pandemie geprägt. Wir hätten uns in der Kommunikation von Anfang an noch mehr Transparenz gewünscht und auch einmal früher und ganz ehrlich ein „Wir wissen es nicht!“.

Unverständlich und nicht akzeptabel sind anscheinend unterschiedliche Testbewertungen in den Kreisen und kreisfreien Städten und möglicherweise auch unterschiedliche Meldeformen. Das kostet – wie auch bei der Impfreiheitsfolge – das unbedingt notwendige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

Uns ist bewusst, dass das **Land Hessen** während der Pandemie teilweise Entscheidungen getroffen hat, die fassungslos gemacht haben. Schwarz-Grün hatte bei seinen Entscheidungen zum Thema Be-

such von Kita und Schule viele Wochen lang den Kinderschutz vergessen, genauso diejenigen Berufsgruppen, die diesen sicherzustellen haben. Vom Landkreis Fulda haben wir hierzu leider keinen Widerspruch gehört.

In einigen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum haben sich Vereine gegründet, die praktisch die Daseinsvorsorge mit sicherstellen. Als Beispiel ist hier z.B. der Verein „Miteinander Füreinander Oberes Fuldataal“ zu nennen, der auf ehrenamtlicher Basis professionelle Arbeit verrichtet. Solche Vereine müssen in Zukunft finanziell stärker unterstützt und abgesichert werden. Brechen sie weg, muss die öffentliche Hand etliche Aufgaben übernehmen, was für die Allgemeinheit teurer wird.

PB 7 Gesundheitsdienste

Die Corona-Pandemie hat auf dramatische Weise deutlich gemacht, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen ist. Das Klinikum Fulda und die derzeitige Konzeption seiner Trägerschaft (bisher allein bei der Stadt Fulda) hat uns in der Vergangenheit bereits häufig beschäftigt.

Im Finanzhaushalt des Landkreises werden noch bis 2022 jährlich 500 TEUR für Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen am Klinikum Fulda zur Verfügung gestellt, hinzu kam letztes Frühjahr der inzwischen abgerufene 10 Mio. EUR Liquiditätskredit. Die SPD-Kreistagsfraktion hat in der Vergangenheit mehrfach den Einstieg des Landkreises in die Trägerschaft des Klinikums gefordert, um es dauerhaft in kommunalen Händen zu halten. Bei den Mehrheitsfraktionen war hier zwar keine generelle Ablehnung erkennbar – das wäre falsch wiedergegeben – aber ein besonderes Interesse daran haben wir auch nicht feststellen können. Umso überraschter – im positiven Sinn – war ich in diesen Tagen, dass die CWE in einer Wahlkampfveröffentlichung auf einmal den Eintritt in die Trägerschaft des Klinikums fordert. Letztes Jahr haben Sie, Hr. Grünkorn, sinngemäß gesagt, dass es sich Ihnen nicht erschließen würde, **warum der Kreis jetzt der Stadt Fulda „hinterherlaufen“ solle.**

Es heißt ja bekanntlich: „An ihren Taten sollt ihr sie messen.“¹ Gemessen daran, haben Sie in den letzten 5 Jahren nichts in diese Richtung gemacht – aber jetzt fordern sie es – eine interessante Wende! Es ist ja nun eine Studie zum Klinikum in Auftrag gegeben worden und es bleibt zu hoffen, dass wir in der neuen Wahlperiode schnell den richtigen und wichtigen Schritt machen: **nämlich den gleichwertigen Einstieg des Landkreises in die Trägerschaft des Klinikums!**

PB 8 Sportförderung

PB 9 Räumliche Planung und Entwicklung

¹ 1. Johannes 2, 1-6

Wir bleiben bei unserer Kritik an der Arbeit der Rhön GmbH und fordern einen Neustart. Es bleibt zu hoffen, dass der neue Geschäftsführer hier auch neue Impulse bringt. Wenn dies nicht schnell gelingt, steht aus unserer Sicht das gesamte Konstrukt der eigentlich erst vor einigen Jahren neu gegründeten und ausgerichteten Gesellschaft zur Disposition!

PB 10 Bauen und Wohnen

PB 11 Ver- und Entsorgung

PB 12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV

PB 13 Natur- und Landschaftspflege

Zum Groenhoff-Areals stellen wir heute bewusst einen Haushaltsantrag #53 zur Beteiligung des Landkreises an der Sanierung. Der Betrag von 1 Mio. EUR soll mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis die Gesamtfinanzierung durch das Land Hessen sichergestellt ist. Die medienwirksamen Versprechungen von Frau Hinz gehen in das Jahr 2014(!) zurück – seit über 6 Jahren hat hier schwarz-grün nichts vorzuweisen. Wir wollen mit den Mitteln im Haushalt ein klares Signal an das Land senden – nämlich, dass dieser Landkreis die Sanierung will und hierfür auch bereit ist, einen Eigenanteil zu tragen.

PB 14 Umweltschutz

Zum PB 15 Wirtschaft und Tourismus

Für den Thermenneubau in Bad Salzschlirf hatte der Kreistag per Beschluss bereits einen Investitionskostenzuschuss von 4 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, die Mittel stehen haushaltstechnisch zur Verfügung, sie finden sich auch wieder im aktuellen Haushalt. Das aus Bad Salzschlirf vorliegende Konzept muss unmittelbar in der neuen Wahlperiode ohne Zeitdruck beraten werden.

4. Bewertung des vorliegenden Haushaltsentwurfs 2021 und Schluss

Meine Damen und Herren,

der uns vorliegende Haushalt ist in der Aufstellung zumindest unter Einbeziehung der Vorjahre ausgeglichen. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, gehen wir – bei allen Unsicherheiten – davon aus, dass er im Vollzug auch einzeln betrachtet, am Ende voraussichtlich ausgeglichen sein wird.

Die SPD-Fraktion ist sich dabei natürlich bewusst, dass die durchaus hohen Investitionsbeträge aktuell eine deutliche Erhöhung des Haushaltsvolumens notwendig machen, aber wenn jetzt nicht in die Zukunft investiert wird, können wir alle sicher sein, dass es mittelfristig richtig teuer wird! Spätestens seit Corona muss dies jedem klar geworden sein.

Vor diesem Hintergrund sehen wir in der Abwägung einer Finanzpolitik mit Augenmaß durchaus den Spielraum für die Umsetzung unserer Anträge und bitten um Zustimmung.

Herr Vorsitzender, für das Protokoll möchte ich erklären, dass alle unsere Anträge zum Haushalt hiermit als eingebracht gelten.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung möchte ich im Namen meiner Fraktion unseren Dank für die im letzten Jahr und aktuell unter schwierigen Umständen geleistete Arbeit aussprechen!

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung für unsere Anträge zum Haushalt!